



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Verkehrsausschuss	09.11.2010	
Wirtschaftsausschuss	22.11.2010	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Folgen der Verkehrsprobleme in Köln für die Wirtschaft

hier: Anfrage der CDU-Fraktion aus der Sitzung des Wirtschaftsausschuss vom 13.09.2010, TOP 3.1

In der lokalen und überregionalen Presse wird immer häufiger über die enormen Verkehrsprobleme in Köln berichtet. Als Ursachen für stundenlange Staus werden nicht abgestimmte Vorrangschaltungen zu Gunsten des ÖPNV, die Verhinderung umweltsensitiver Techniken als Alternative zu Straßensperrungen oder unnötige Sperrungen im Zuge von Baumaßnahmen genannt. Dahinter stehen weniger rationale Gesichtspunkte sondern vielmehr die ideologisch motivierte Brandmarkung auch notwendigen Kraftverkehrs. Dies hat nicht nur negative Auswirkungen auf unsere Umwelt und die Attraktivität der Stadt, sondern auch auf die Wirtschaft. Nach Aussagen der IHK werden z. B. Liefer- und Arbeitszeiten unnötig verlängert und Termine können so nicht eingehalten werden.

Vor dem geschilderten Hintergrund bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

Frage 1:

Welche Kosten - ggf. geschätzt - entstehen der Wirtschaft in Köln jährlich durch die andauernden Verkehrsstaus bzw. -probleme? Wie haben sich diese Kosten in den letzten Jahren entwickelt?

Antwort der Verwaltung:

Seit geraumer Zeit berichtet ein Teil der Presse von Köln von erheblichen Stau Problemen. Die Verwaltung kann nicht erkennen, dass es neben den jahreszeitbedingt höheren Anteilen des Kraftfahrzeugverkehrs besondere Problemstellungen gibt. Es werden hier unter anderem Verkehrsprobleme auf der Rheinuferstraße benannt. Durch den Ausbau der Rheinuferstraße sind im Gegenteil für alle Verkehrsteilnehmer verbesserte Verkehrsverhältnisse festzustellen. Daneben sind andere Stellen wie die Kreuzung Militärringstraße/Luxemburger Straße benannt, die nicht in die Zuständigkeit der Stadt Köln sondern in die Zuständigkeit des Landesbetriebes Straße NRW fallen.

Die Verwaltung ist aus personellen und technischen Gründen nicht in der Lage, volkswirtschaftliche Betrachtungen der genannten Art durchzuführen. Insofern kann diese Frage von der Verwaltung nicht abschließend beantwortet werden.

Frage 2:

Wie wird der Imageschaden durch die Verkehrsprobleme für unsere Stadt bewertet?

Antwort der Verwaltung:

Die Frage, ob und in welchem Umfang tatsächlich ein Imageschaden durch die oben genannte Berichterstattung entsteht, wäre nur durch sehr umfangreiche und teure Befragungen zu beantworten. Am Wochenende 18.09.2010/19.09.2010 konnte den Medien entnommen werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland deutlich gestiegen ist. Unter anderem sind dafür die „guten Netze für Verkehr“ verantwortlich. Das gilt auch für Köln als einem sehr wichtigen Kreuzungspunkt in Europa.

Frage 3:

Ist sich die Verwaltung dieser Probleme bewusst und gibt es Pläne, um bekannte Stauschwerpunkte und deren Ursachen zu bekämpfen?

Antwort der Verwaltung:

Es wurden in der Berichterstattung nur einige wenige Stellen benannt. Bei einigen wie z. B. der Rheinuferstraße sind Verkehrsschwierigkeiten für alle Verkehrsteilnehmer durch Umbaumaßnahmen bereits abgebaut worden. Alle anderen genannten Stellen, soweit sie tatsächlich ein Verkehrsproblem darstellen, sind bereits in der Planung. Eine grundlegende Änderung ist oftmals mit sehr großem Aufwand verbunden und erfordert Umsetzungszeiten von vielen Jahren.

Frage 4:

Ist es richtig, dass die Verwaltung die Ampelschaltungen absichtlich für den Kfz-Verkehr unvorteilhaft programmiert?

Antwort der Verwaltung:

Wenn mit der Frage gemeint ist, dass Signalschaltungen ohne eine ordnungsgemäße Abwägung zwischen allen betroffenen Verkehrsmitteln zu Lasten des Kraftfahrzeugs erfolgt, so kann die Frage verneint werden. Ziel aller Optimierungsmaßnahmen im Verkehr ist die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer. Insofern ist es nicht möglich, optimale Be-

dingungen nur für ein Verkehrsmittel zu realisieren.

Frage 5:

Was hat der Oberbürgermeister vor, damit Köln nicht die laut ADAC „autofeindlichste Stadt Deutschlands“ bleibt?

Antwort der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister hat den ADAC mit der Bitte angeschrieben, sich auch ihm gegenüber zu erklären und belastbare Daten und Fakten zu dieser Behauptung vorzulegen. Die Antwort des ADAC ist als Anlage 1 beigefügt.

gez. Streitberger